

Agrarforschung als Mittel grenzüberschreitender Zusammenarbeit

Peter RIEDER, Professor am Institut für Agrarwirtschaft der ETH Zürich, ETH Zentrum, CH-8092 Zürich
 Auskünfte: e-mail: peter.rieder@iaw.agrl.ethz.ch, Fax +41 (0)1 632 10 86, Tel. +41 (0)1 632 53 07

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz sind bekanntlich durch bedeutende Handelsbarrieren eingeschränkt. Die Agrarwirtschaft ist dabei einer der ganz besonders unterschiedlich geschützten Bereiche. Vor allem sind die Zielpreise für Agrarprodukte in der Schweiz wesentlich höher als jene in der EU. Der Agrarhandel zwischen der EU und der Schweiz weist deshalb viele sehr restriktive Regelungen auf. Demgegenüber gibt es gesamteuropäische Forschungsprogramme, die man gleichsam als Vorboten europäischer Integration ansehen kann. Ich meine die europäischen «Rahmenprogramme für Forschungszusammenarbeit» und die INTERREG-Programme.

Mit den INTERREG-Programmen soll die Zusammenarbeit zwischen Grenzregionen gefördert werden, die durch nationale Grenzen getrennt sind. Solche Programme laufen zurzeit in den Regionen um Basel, um Genf, zwischen den bündnerischen Valli und dem Südtirol und rund um den Bodensee zwischen Landkreisen Baden-Württembergs und den ostschweizerischen Kantonen Thurgau und St. Gallen. Sachlich werden Bereiche wie Kultur, Umwelt, Verkehr, Landwirtschaft und andere bearbeitet.

INTERREG-Programm «Bodensee-Hochrhein»

Wir sind beteiligt am INTERREG-Programm «Bodensee-Hochrhein» mit dem Projekt «Umweltschonende Anbauverfahren von Gemüse und Obst». Darin bearbeiteten wir Agrarmarktfragen, wovon einige Ergebnisse in diesem Heft enthalten sind. Hier wollen wir jedoch nicht auf den Inhalt, sondern auf den Charakter solcher Forschung und Zusammenarbeit eingehen. Sind die durch das Programm finanzierten Forscher «nur» Überbrückende nationaler Grenzen? Welches sind oder sollen die Nutzniesserinnen dieser interregionalen Zusammenarbeit überhaupt sein? Nun, wenn Forschung regional orientiert sein soll, ist es eindeutig



angewandte Forschung. Bei angewandter Forschung hat man schon von Anfang an die potenziellen Nutzniesser im Auge. Zweifellos sind dies beim Projekt «Umweltschonende Anbauverfahren von Gemüse und Obst» die Produzentinnen, aber auch die Konsumenten dieser Produkte in der jeweiligen Region. Diese sind denn auch in einem Beirat vertreten. Auch aus der Sicht der Behörden in Brüssel (Bonn, Stuttgart) beziehungsweise Bern (Frauenfeld, St. Gallen) ist es politisch sinnvoll, sich für Randregionen einzusetzen, denn diese weisen ökonomisch gesprochen oft absolute Kostennachteile auf und könnten somit bei weiteren Liberalisierungen (EU-Beitritt der Schweiz; Osterweiterung der EU) ganz besonders hart betroffen werden. Somit stehen die Forscherinnen bei einem solchen Projekt hohen Erwartungen mehrerer Kategorien von Betroffenen gegenüber: die Produzenten möchten Lösungen erhalten, die sie vor zu starker Konkurrenz rettet; die Konsumentenvertreterinnen möchten ihre Wünsche bestätigt erhalten, dass man regionale Produkte gleichzeitig ökologisch und preisgünstig

erhalten kann; die Politiker möchten Ergebnisse, die ihre Wählerinnen nicht in zu grosse Strukturveränderungen hinein zwingen und die gleichzeitig ökologisch fortschrittlich sind.

Macht regional ausgerichtete Forschung Sinn?

Die Forscher haben bei solchen Offerten zwei Möglichkeiten: die Finger davon zu lassen oder trotz dem Netz, das sie umschlingt, mitzumachen. Denn, wenn man in solchen Programmen mitmacht, weiss man mit hundertprozentiger Sicherheit, dass man am Ende mehr Kritikerinnen als zu Beginn hat, denn man kommt mit langfristig ausgerichteten Konzepten daher, die bei der Mehrheit der Betroffenen kurzfristig oft nicht beliebt sind. Weil dem so ist, sind aber auch die Betroffenen, also die Produzenten, Konsumentinnen und Politiker, von solcher Forschung nicht sehr begeistert. Die „Hilfe“, die sie zu Beginn erwarten, wird ihnen von den Forscherinnen nicht auf dem Silbertablett serviert. Somit stellt sich notgedrungen die Frage, ob denn solche, nur auf regionale Aspekte ausgerichtete Forschung überhaupt einen Sinn macht. Sie hat meines Erachtens einen Sinn, wenn zwei Bedingungen erfüllt werden: Erstens müssen die Betroffenen beiderseits der Grenzen dank solcher Programme tatsächlich häufiger zusammen kommen und miteinander ihre Probleme und Lösungsmöglichkeiten diskutieren. Zweitens aber müssen solche Forschungsprogramme von Anfang an Teile (mit Zeit und Geld) einschliessen, die der Umsetzung und Diskussion der Ergebnisse mit den Betroffenen dienen. Nur so kann die oft notgedrungene kurzfristige Betrachtungsweise von vielen Politikerinnen, Konsumenten und Produzentinnen zumindest mit Aspekten zu erwartender wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Veränderungen mittel- und längerfristiger Art konfrontiert werden. Dieser zweiten Bedingung werden wir in INTERREG III, das ab dem Jahr 2000 geplant ist, versuchen nachzuleben.